

- **Gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums**
- Die FPÖ lehnt sowohl die Vermögens- als auch die Erbschaftssteuer entschieden ab. Wir betrachten diese Steuern als ungerecht und als Belastung für Familien, Unternehmer und Leistungsträger.
- Hohe Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer können sich negativ auf Einkommenserhöhungen auswirken. Österreich hat mit 55 Prozent ab einem Einkommen von € 1 Million derzeit einen der höchsten Spitzensteuersätze in Europa.
- Ohne konkrete Benennung derartiger steuerlicher Schlupflöcher kann keine seriöse Betrachtung dazu angestellt werden.
- Die Idee des Grundeinkommens für Kinder, oft als "Kindergrundsicherung" bezeichnet, ist ein Konzept, bei dem der Staat jedem Kind regelmäßig eine bestimmte Geldsumme zur Verfügung stellt. Diese Zahlung erfolgt bedingungslos, das heißt, ohne dass die Eltern oder das Kind dafür eine Gegenleistung erbringen müssen. Es gibt viele Aspekte, die man bei der Einführung eines Grundeinkommens für Kinder berücksichtigen muss.
- Finanzierung: Wie soll das Grundeinkommen finanziert werden? Es könnte zu höheren Steuern oder Umverteilungen im Staatshaushalt führen.
- Missbrauch: Es besteht die Sorge, dass das Geld nicht immer zum Wohl des Kindes verwendet wird.
- Abhängigkeit: Es ist zu befürchten, dass ein Grundeinkommen die Eigeninitiative und den Arbeitsanreiz der Eltern verringern könnte.
- Die Sorge vor Missbrauch ist auch eine der häufigsten Bedenken gegen das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) für Alle.
- Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bedeuten würde, den Sozialstaat abzuschaffen. Zudem würde ihr zufolge die Abhängigkeit vom Staat steigen und dadurch die Unfreiheit wachsen. Das befürchtet auch ihr Fraktionskollege Peter Wurm. Es handle sich zwar um ein "hehres Ansinnen", sagte er, real sei es aber nicht umsetzbar und auch aus ideologischen Gründen abzulehnen. Die FPÖ stehe für soziale Gerechtigkeit, aber auch dafür, dass sich Leistung lohnen müsse.
- Es besteht die Gefahr, dass das Geld nicht für notwendige Ausgaben wie Nahrung, Miete oder Bildung verwendet wird, sondern für weniger sinnvolle Zwecke.

- Es ist leider zu befürchten, dass ein BGE die Motivation zur Arbeit verringern könnte, da die finanzielle Grundsicherung bereits gewährleistet ist.
- Die Verwaltung und Überwachung eines solchen Systems könnte komplex und teuer sein.
- Mindestlohn für VZB: Eine derartige Maßnahme wird realpolitisch nicht ohne die sozialpartnerschaftliche Zustimmung zustandekommen. Grundsätzlich stehen wir dazu, daß sich Vollzeitarbeit lohnen muss. Der Faktor Arbeit unterliegt einem sehr hohen Abgabensatz und sollte dahingehend sicher entlastet werden.

- **Klimaschutz**

- Die FPÖ hat eine kritische Haltung gegenüber dem Klimarat und der aktuellen Klimapolitik in Österreich. Wir lehnen einige der vorgeschlagenen Maßnahmen ab und setzen uns für einen anderen Ansatz ein. Die FPÖ sieht Klimaneutralität nicht als Selbstzweck, sondern betont, dass Klimaschutzmaßnahmen im Einklang mit Arbeit, Wirtschaft und Forschung stehen müssen.
- Natürlich ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs weiterhin zu gewährleisten, dieser Ausbau gelangt real aber an seine Grenzen. Fehlende Ressourcen betreffend Wagenmaterial, fehlenden Zeitfenstern im internationalen Reiseverkehr und ein eklatanter Personalmangel, auch im Wartungsbereich bremsen massiv.
- Die FPÖ steht zum Subsidiaritätsprinzip auch im Bereich des Verkehrs und deren Tempogestaltung.
- Ein großes Auto kann auch wesentlich emissionsärmer und technologisch hochwertiger sein.
- Die FPÖ hat eine kritische Haltung gegenüber dem Ausstieg aus Öl und Gas. Wir lehnen verpflichtende Maßnahmen wie den Heizungstausch ab und setzen auf höhere Förderungen.
- **Die FPÖ will Klimaschutz mit Hausverstand aber keine Verbote.**

- **Bildung**

- Abschaffung der Schulpflicht: Die FPÖ möchte die derzeitige neunjährige Schulpflicht durch Bildungsziele ersetzen. Diese Ziele sollen auch außerhalb öffentlicher Schulen und in kürzerer Zeit erreicht werden können.
- Deutschpflicht vor Schuleintritt: Kinder sollen ausreichende Kenntnisse der deutschen Unterrichtssprache haben, bevor sie mit der Schule beginnen.
- Konfliktmanagement: Die FPÖ fordert ein besseres Konfliktmanagement an Schulen, um dem steigenden Gewalt- und Konfliktpotenzial zu begegnen.
- Individualität und Leistung: Die Partei kritisiert die bisherige Bildungspolitik, die ihrer Meinung nach zu sehr auf Gleichmacherei statt auf Individualität und Leistung setzt.

- Differenziertes Schulsystem: Die FPÖ unterstützt das differenzierte Schulsystem und ist gegen die Einführung einer Gesamtschule.
- **Wohnen**
- Das FPÖ-Sofortmaßnahmenpaket für leistbares Wohnen enthält folgende Forderungen: Mietenstopp – keine Erhöhung der Kategorie- und Richtwertmieten, Limitierung der Indexierung aller Mieten, Ausdehnung des Vollarwendungsbereichs des Mietrechtsgesetzes anhand thermisch-energetischer Kriterien, Befristungsverbot für gewerbliche beziehungsweise institutionelle Immobilieneigentümer, gesetzlich zwingende Verlängerungsoption befristeter Mietverträge, Bundeszuschuss zur Wohnbauförderung, Wohnbauinvestitionsbank, wirksame Steuerbegünstigungen für Sanierungen und Investitionen.
- **Gesundheit**
- Die in den letzten 5 Jahren von der Bundesregierung unternommenen Schritte haben nicht zu der erhofften Verbesserung der strukturellen Defizite in unserem Gesundheitssystem geführt. Praktisch alle wesentlichen Kennzahlen verschlechtern sich: Lebenserwartung, gesunde Lebensjahre, Durchimpfungsraten, psychische Gesundheit, Ernährungsgesundheit, Wartezeiten auf Untersuchungen und Operationen, Anzahl an Kassenärzten,....
- Zusätzlich wurde mit dem Finanzausgleichsgesetz 2023 und den fixierten Zuzahlungen vom Bund eine "3. Finanzierungsebene" geschaffen, wodurch das Gesamtsystem noch komplexer und schwerer zu steuern ist.
- Was es jetzt benötigt ist eine echte Strukturreform, bei der allerdings von oben bis unten viele Dinge neu geregelt werden müssen. Im Rahmen einer Überarbeitung der Strukturpläne Gesundheit muss neu definiert werden, welche Leistungen wo angesiedelt sind und in welcher Qualität und Dichte sie erbracht werden sollen. Dabei muss viel mehr als bisher darauf Rücksicht genommen werden, wo welche Leistungen auch effizient erbracht werden können! Miteinzubeziehen ist überdies eine Personaloffensive für das öffentliche Gesundheitssystem mit einer generalisierten Überarbeitung und Erweiterung der Berufskompetenzen (in Ansätzen ist hier schon begonnen worden), deutliche und nachhaltige Positivanreize für die Tätigkeit als Kassenarzt sowie ein neues, leistungs- und ergebnisorientiertes Honorarsystem.
- Im Bereich der Sozialversicherung müssen die Einsparungs- und Optimierungsmöglichkeiten, welche mit der SV-Reform 2019 geschaffen wurden, endlich umgesetzt werden. Selbstverständlich sind die so freigewordenen Mittel direkt in neue und bessere Leistungen für die Versicherten zu investieren!

- Auch der Bereich der Arzneimittelversorgung ist dringender Reformbedarf. Durch die amtliche Preis- und Spannenregelung haben die beiden Vertriebs Ebenen "Pharmazeutischer Großhandel" und "Öffentliche Apotheken" keine Möglichkeit, die Steigerungen bei Mieten, Betriebs- und Personalkosten weiterzugeben, wodurch die wirtschaftliche Situation bereits sehr angespannt ist. Zusätzlicher Arbeitsaufwand durch permanente Lieferengpässe und hohe Vorfinanzierungskosten speziell bei sehr teuren Arzneimitteln verschärfen die Lage zusätzlich. Auf der Herstellerebene sorgt der in den letzten Jahren überzogene Preisdruck ("Preisbandregelung") nicht nur dafür, dass viele Arzneimittel nur mehr in Asien produziert werden, sondern immer mehr Arzneispezialitäten werden in Österreich vom Markt genommen und stehen nicht mehr als Therapieoption zur Verfügung! Eine Reform ist also auch hier dringend notwendig.
- Die rückläufige Zahl an Kassenärzten bei gleichzeitigem massiven Anstieg der Wahlärzte ist die Folge der fehlgeleiteten Politik der vergangenen Jahre. Anstatt die Kassenvertragsstellen zu attraktiveren, wurden die Wahlärzte schlecht geredet und die Patienten mit einem nur teilweisen Ersatz der Behandlungskosten "bestraft". Nötig wäre hier ein komplettes Umdenken. Eine Doppel-Tätigkeit als Wahl- UND Kassenarzt könnte das Versorgungsangebot für ASVG-Versicherte deutlich verbessern. Je attraktiver die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten im Kassensystem gestaltet werden, umso mehr Ärzte werden sich dann auch wieder um diese Verträge bemühen! Es braucht also ein neues, leistungs- und ergebnisorientiertes Honorarsystem für die Kassenärzte, mehr Kassenstellen in der Fläche und somit auch mehr Zeit für jeden einzelnen Patienten. Zusätzlich muss die Bürokratie drastisch reduziert werden. Eine gute Lösung wäre es, wenn die Sozialversicherung für ihre Vertragspartner eine standardisierte, kostenlose Ordinations-EDV inkl. Software und Vor-Ort-Service anbieten würde, quasi "Alles aus einer Hand". Denn die fachfremden Tätigkeiten sind für sehr viele Ärzte eines der Hauptärgernisse bei der freiberuflichen Tätigkeit.
- Dem Österreichische Gesundheitssystem steht viel Geld zur Verfügung, das effizienter eingesetzt werden muss. Dazu muss das gesamte öffentliche Gesundheitssystem klare Vorgaben und messbare Ziele bekommen. Eine Finanzierung aus einer Hand wäre wünschenswert, auf dem Weg dorthin sollte aber zumindest das Prinzip "Geld folgt Leistung" angewandt werden. Zudem braucht es viel größere Anstrengungen bei der Vermittlung von Gesundheitskompetenz und bei der Vorsorgemedizin.
- **Bedeutung von Care – Arbeit**

- Die häusliche Pflege vor Ort ist jenes Betreuungs- und Pflegeformat, das sich der überwiegende Teil der Betroffenen eigentlich wünscht, sofern es vom Grad der medizinischen Betreuung und Pflege möglich ist. Deshalb braucht es hier eine umfassende Neuaufstellung und Verbesserung der organisatorischen, personellen und finanziellen Grundlagen, um das möglich zu machen.
- Erhöhung des Pflegegeldes um 50 Prozent, wenn Pflege und Betreuung ab der Pflegestufe 3 im eigenen Haushalt erfolgen. Damit die finanzielle Anerkennung und tatsächliche Aufwertung der häuslichen Pflege.
- Umfassende und gerechte Förderung der 24-Stunden-Betreuung, damit die Möglichkeit der Betreuung daheim keine Frage der persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit oder jener von Angehörigen ist.
- Sicherstellung der Förderung von baulichen Maßnahmen, die für Pflege und Betreuung daheim erforderlich werden. Sicherstellung von baulichen Vorkehrungsmaßnahmen für künftigen Pflegebedarf im Bereich der Wohnbauförderung sowie im Steuerrecht (Absetzbarkeit).

- **Migration**

- Asylstopp jetzt!
- Das 20-Punkte-Maßnahmenpaket der FPÖ
- Grenzschutz statt Zeltlager – Schluss mit der Willkommenskultur – Raus mit kriminellen Asylanten!
- „Die Migrationspolitik von Schwarz-Grün ist ein einziges Totalversagen“, stellt FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl der Bundesregierung ein katastrophales Zeugnis aus. Fast 72.000 Asylanträge gab es in Österreich heuer schon allein zwischen Jänner und September. Das ist eine Verdreifachung gegenüber 2021, außer im Katastrophenjahr 2015 gab es seit 1957 nicht mehr so viele Asylanträge – und die mehr als 80.000 Ukrainer sind da noch nicht einmal eingerechnet. 9 von 10 Antragstellern sind Männer, vorwiegend aus Afghanistan, Syrien, Indien und Pakistan. „Die Asylkrise spitzt sich immer weiter auf Kosten des Wohlstands und der Sicherheit unserer Bevölkerung zu. Mit der Untätigkeit, Scheinlösungen und kraftmeierischen Ansagen von ÖVP-Innenminister Karner muss endlich Schluss sein – es braucht sofort effektive Maßnahmen für eine ‚Festung Österreich‘, so Kickl.
- FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer hat im Nationalrat ein 20 Punkte umfassendes Maßnahmenpaket beantragt und dem Innenminister damit den Weg gewiesen, wie er die außer Kontrolle geratene Lage endlich wieder in den Griff bekommen könnte. Doch weder die ÖVP, die sich selbst gerne für eine restriktive Asylpolitik rühmt, noch die anderen Parteien stimmten zu. Sie liefern Österreich damit vorsätzlich weiterhin der ungezügelten Masseneinwanderung aus.

- Das sind alle 20 FPÖ-Forderungen im Detail:
- Asylstopp-Jetzt – Aussetzen der Asylanträge
- Österreich hat bereits mehr als genug geleistet. Die Bundesregierung kann und muss eine „Notverordnung für eine Asyl-Obergrenze“ und die „Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit während der Durchführung von Grenzkontrollen“ dem Asylgesetz entsprechend erlassen. Das Ziel muss NULL sein.
- „Pushbacks“ an der Grenze ermöglichen
- Asylanträge von Fremden, die aus einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz eingereist sind, dürfen gar nicht mehr zugelassen werden. Denn unsere Heimat ist ausschließlich von sicheren Drittstaaten umgeben – und daher nicht zuständig!
- Schärfere Strafen für Schlepper
- Der Anreiz für die Schlepper muss geschmälert werden. Der untere Strafrahmen von mindestens 6 Monaten Freiheitsstrafe ist daher genauso zu erhöhen wie die bisherigen Obergrenzen.
- Bestrafung von „geschleppten“ illegalen Migranten
- Nicht nur die Schlepper selbst, sondern auch die Nutznießer ihrer Machenschaften müssen bestraft werden. Dafür braucht es Verschärfungen im Strafgesetz und Fremdenpolizeigesetz. Das würde auch das Geschäftsmodell der Schlepperei massiv beschädigen.
- Illegale Einreise und rechtswidriger Aufenthalt müssen Strafdelikte werden
- Bisher zieht die illegale Einreise oder ein rechtswidriger Aufenthalt nur eine Geldstrafe und maximal eine Ersatzfreiheitsstrafe nach sich. Das muss sich ändern – beide Delikte gehören ins gerichtliche Strafrecht, mit Haftstrafen von 6 Monaten bis 2 Jahren.
- Einführung eines Delikts „Asylbetrug“ und Maßnahmen gegen Asyl-Missbrauch
- Wenn Scheinasylwerber keine Asylgründe haben oder im Asylverfahren lügen – zum Beispiel beim Alter oder dem Herkunftsland – haben sie jegliches Recht auf Schutz verwirkt und müssen rigoros abgeschoben werden. Dazu muss „Asylbetrug“ ein eigenes Strafdelikt werden, das eine Freiheitsstrafe nach sich zieht.
- Sofortiger Abbruch des Asylverfahrens bzw. Aberkennung des Schutzes bei Straffälligkeit

- Wir kriminell wird, hat jedes Recht auf unseren Schutz verwirkt und muss abgeschoben werden – und das schon bei der ersten Straftat und nicht erst nach einer ganzen kriminellen Karriere.
- Schaffung einer „innerkontinentalen Fluchtalternative“
- Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen. Es kann nicht angehen, dass Menschen durch die halbe Welt reisen und dort Asyl beantragen, wo die soziale Hängematte am bequemsten ist.
- Wiedereinführung von Ausreisezentren
- Herbert Kickl hat als Innenminister ein wichtiges Signal an die Schlepper und ihre Kundschaft gesetzt. Wir brauchen wieder Ausreisezentren, damit den illegalen Einwanderern klar ist, wohin die Reise geht.
- Schließung von Asylunterkünften in kleinen Gemeinden
- Es ist der Bevölkerung nicht zumutbar, in kleinen Gemeinden mit großen Gruppen überwiegend junger und männlicher Migranten konfrontiert zu werden. Während des Asylverfahrens gehören die Immigranten fernab von Wohngebieten zentral untergebracht.
- Keine Staatsbürgerschaft für Asylanten
- Asyl ist und muss immer „Schutz auf Zeit“ bleiben. Wenn die Gründe für die Verfolgung im Herkunftsland nicht mehr vorliegen, müssen auch anerkannte Asylanten unser Land wieder verlassen.
- Festschreibung des Staatsziels „Österreich ist kein Einwanderungsland“
- Unsere Heimat kann schon von ihrer Größe her nicht als Zielland für Glücksritter aus aller Welt herhalten. Wen wir als Zuwanderer in Österreich brauchen, suchen wir uns selbst aus.
- Zurückweisung von illegal eingereisten Fremden, die in einer Grenzgemeinde zu einem Nachbarstaat angetroffen werden
- Solange sich die illegalen Einwanderer in unmittelbarer Nähe der Grenze befinden, sollen sie auf direktem Weg wieder über die Grenze zurückgeschoben werden. Denn dort liegt das Land, das für ihren Asylantrag zuständig ist.
- Restriktive Handhabung von Familienzusammenführungen
- Bei unbegleiteten Minderjährigen („Ankerkindern“) darf es keine Familienzusammenführungen mehr geben, denn genau das ist der perfide Plan, den diese Familien verfolgen, wenn sie ihre Kinder vorschicken. Auch für subsidiäre Schutzberechtigte muss den Familiennachzug ausgeschlossen werden.

- Echter Grenzschutz statt Willkommenskultur
- Es braucht dringend technische Sperren, also stabile und hohe Zäune an der Grenze anstelle eines „Begrüßungskomitees“ aus Bundesheer und Polizei.
- Jährliche Überprüfung der Fluchtgründe von Asylanten und subsidiär Schutzberechtigten
- Schutzbedürftigkeit liegt meist nicht ewig vor. Wer keinen Schutz mehr braucht, muss wieder in seine Heimat zurückgehen.
- Übernahme des dänischen Asyl-Modells
- Nach dem Vorbild Dänemarks müssen Asylzentren in Drittländern, zum Beispiel in Afrika, errichtet werden. Dort haben dann Asylwerber die Bearbeitung ihres Antrags abzuwarten.
- Entwicklungshilfegelder an Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern koppeln
- Wenn Rückübernahmen von illegalen Einwanderern und Scheinasylanten nicht erfüllt werden, darf es kein Geld für Entwicklungszusammenarbeit mehr geben.
- Einführung der Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber
- Asylwerber, von denen eine massive Gefahr für die Bevölkerung ausgeht, müssen in Haft genommen werden können, bevor sie – wie 2019 beim Mord am Leiter des Sozialamts Dornbirn durch einen Türken - zuschlagen können.
- Nein zum Asyl- und Migrationspakt der EU
- Wirtschaftsflüchtlinge dürfen nicht aktiv in die Europäische Union geholt werden. Diesem Pakt muss Österreich daher genauso eine Absage erteilen wie dem UN-Migrationspakt unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung.
- Friedenspolitik und Verteidigung
- Neutralität bewahren: Die FPÖ betont die Wichtigkeit der österreichischen Neutralität und lehnt eine Mitgliedschaft in der NATO ab.
- Stärkung des Bundesheeres: Sie fordert eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts, um die nationale Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten.
- Wehrpflicht beibehalten: Die FPÖ setzt sich für die allgemeine Wehrpflicht ein, um die Verteidigung der Neutralität sicherzustellen.
- Miliz ausbauen: Eine weitere Stärkung, Ausrüstung und der Ausbau der Miliz sind ebenfalls zentrale Anliegen

- Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat sich in Bezug auf eine aktive Friedenspolitik und die Wahrung der Neutralität klar positioniert. Lass mich dir dazu einige wichtige Punkte aus ihrer Haltung erläutern:
- Petition für aktive Friedens- und Neutralitätspolitik: Die FPÖ hat eine Petition mit dem Titel “Aktive Friedens- und Neutralitätspolitik statt Kriegstreiberei” präsentiert. In dieser Petition fordern sie die Wiederherstellung des Neutralitätsgebots sowie den aktiven Einsatz Österreichs für Friedensverhandlungen und einen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg.
- Kritik an Sanktionen: Die FPÖ betont, dass die EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland nicht “alternativlos” ist. Sie argumentieren, dass außerhalb Nordamerikas und der EU sowie den Staaten des “globalen Westens” kaum ein Land an diesen Sanktionen beteiligt ist. Die FPÖ fordert ein Ende dieser wohlstandsvernichtenden Sanktionspolitik und verweist darauf, dass große Volkswirtschaften wie China, Indien und Brasilien ebenfalls neutral agieren und Friedensverhandlungen unterstützen.
- Neutralität und EU-Armee: Die FPÖ setzt sich für den Schutz der österreichischen Neutralität ein und lehnt eine EU-Armee ab. Sie plädieren für aktive Friedenspolitik anstelle von Kriegstreiberei, keine Waffenlieferungen an Kriegsparteien und keinen EU-Beitritt der Ukraine.
- Es ist interessant zu sehen, wie verschiedene politische Parteien unterschiedliche Ansichten zur Friedenspolitik haben. Was denkst du darüber? Bist du der Meinung, dass aktive Friedensbemühungen wichtiger sind als Sanktionen und militärische Eskalation?